

Erlanger Rot

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Erlangen



DKP

Gemeinsam für ein soziales Erlangen



Isa Paape,
*Stadtratskandidatin
der erlanger linke*

Gegen Ungerechtigkeiten müssen wir was tun. Am besten gemeinsam.

Soziale Gerechtigkeit ist für mich kein Schlagwort, sondern absolut notwendig für das Zusammenleben von Menschen. Es ist doch skandalös, dass Arbeitslosigkeit, Niedriglohn-Jobs und Kinderarmut zunehmen, während ein anderer Teil dieser Gesellschaft aus-

schließlich von Vermögen, Eigentum und Aktien lebt (und alles dafür tut, dass das so bleibt). Soziale Gerechtigkeit bedeutet für mich:

Alle haben gute Arbeit, von der man gut leben kann und die nicht krank macht.

Gemeinsam mit GewerkschaftskollegenInnen wehre ich

mich deshalb gegen Leiharbeit, ungewollte Teilzeit, befristete Jobs, die ständige Drohung der Unternehmer mit Stellenabbau oder gesundheitliche Belastungen bei der Arbeit. Gut finde ich die Forderung der erli, dass die Stadt Aufträge nur an solche Firmen vergeben soll, die mindestens Tariflöhne zahlen.

Alle haben eine gute Wohnung, die nicht arm macht.

Keiner kann sich aussuchen, ob er wohnen möchte oder nicht. Wohnen ist Grundbedürfnis und also

Fortsetzung Seite 2

Gedenken gestalten - Hupfla erhalten! Wie weiter?

Die Zeitungsmeldungen in der Erlanger Lokalpresse befassten sich in den letzten Monaten häufig und intensiv mit den Euthanasiemorden in der NS-Zeit in Erlangen. – Und mit dem letzten Patientengebäude (dem Kopfbau), für das der Abriss jüngst zum wiederholten Mal im Stadtrat beschlossen wurde (auch wenn ein Stummel als Gedenkort übrig bleiben soll).

Das Thema der Euthanasie ist mit drei gut besuchten Veranstaltungen in der Erlanger Bürgerschaft angekommen – aber noch lange nicht abgeschlossen. Im Gegenteil: mit der Diskussion um einen Gedenkort beginnt erst die Auseinandersetzung darum, wie das Erinnern an die Verbrechen für künftige Generationen wachgehalten und gestaltet werden soll. Und das Aktionsbündnis „Gedenken gestalten – Hupfla erhalten“ kämpft weiterhin für den

Fortsetzung Seite 3

Was steht noch in diesem Erlanger Rot?

Die Ermordung von Johann Frenzel S. 4 - OB Kandidat Pöhlmann zu seinem größten Ärgernis in Erlangen S.3
Defender 2020: Der unheimliche Aufmarsch S. 5 - Ostermarsch 2020 in Erlangen S.6

Fortsetzung von Seite 1: Gemeinsam...

Menschenrecht. Die Spekulation mit Grundstücken und Wohnungen muss ausgeschlossen sein, solange auch nur eine Familie oder ein Wohnungsuchender noch auf einer Warteliste steht. Gut, dass die erli die Ausweitung des sozialen Wohnungsbaus fordert. Ich will, dass nur noch Sozialwohnungen gebaut werden dürfen, solange in Erlangen Menschen auf eine Wohnung warten.

Alle nutzen den Öffentlichen Nah- und Fernverkehr, im Stadt-Umland-Bereich sogar kostenfrei.

Ich wünsche mir einen ÖPNV, der uns da hinbringt, wo wir hin müssen oder hin wollen, und zwar möglichst schadstofffrei und im Stadt-Umland-Bereich auch kostenfrei. Dabei kenne ich das Dilemma vieler Kolleginnen und Kollegen, in der Stadt keine kostengünstige Wohnung zu bekommen, und auf dem Land dann mindestens ein Auto zu benötigen, um die Arbeitsstelle erreichen zu können. Als Betriebsrätin setze ich mich dafür ein, dass die Betriebe das Jobticket großzügig finanzieren, dass das Job-Fahrrad von den Unternehmen zur Verfügung ge-

stellt oder mindestens teilfinanziert wird, dass die Erlanger Betriebe gemeinsam Verantwortung für möglichst günstige Pendelverkehre übernehmen.

Alle Eltern können eine Kinderbetreuung in Anspruch nehmen – gut erreichbar und kostenfrei.

Immer mehr Großunternehmen in Erlangen stehen sich aus der Verantwortung für Kindertagesstätten und Ferienplätze. Das ist nicht akzeptabel. Die städtischen Einrichtungen benötigen diese Entlastung dringend, Eltern und Kinder brauchen Verlässlichkeit. Ich finde es prima, dass die erli sich für ein kostenloses Mittagessen in Betreuungseinrichtungen einsetzt.

Wir leben Demokratie, die Spaß macht, weil sie alle ernst nimmt.

Bürgerbeteiligung darf keine Symbolpolitik sein. Sie wird zur demokratischen Gestaltungsmacht, wenn Bürgermeister*innen und Stadträt*innen bereit sind, auch mal einen Konflikt auszutragen gegen die Interessen von ortsansässigen Großkonzernen, gegen die Interessen der bayerischen Staatsregierung oder der Uni und eines Max-Planck-Instituts.

Für soziale Gerechtigkeit: Ich kandidiere auf der Liste der erli, Platz 24.

Isa Paape

beschäftigt bei Siemens Gas and Power GmbH & Co. KG in Erlangen, Betriebsrätin und gewerkschaftliche Vertrauensfrau der IG Metall,

langjährige Co-Sprecherin des Erlanger Bündnis für den Frieden,

Gründungsmitglied der erlanger linke;

überzeugt, dass der Kapitalismus notwendige Veränderungen für eine menschliche Gesellschaft verhindert.

Deshalb bin ich Kommunistin in der DKP: Sozial is muss!



Johannes Pöhlmann: OB-Kandidat der „erli“ für Erlangen

Das größte Ärgernis in meiner Stadt ist...

der Umgang mit Denkmälern und dem Stadtbild. Viel von dem, was die Bomben des Krieges in Erlangen verschont haben, haben danach Generationen regierender Betonköpfe in Politik und Wirtschaft zerstört, abgerissen, planiert. Nach dem Motto: Weg mit dem alten Plunder. „Abriss aus Tradition“ spottet ein seit den 1970igern mehrfach neu aufgelegtes Plakat über den Umgang Erlangens mit seinen Altbauten und seinem Ortsbild. Der Abriss der drei historischen „Gundel-Häuser“ ist noch in frischer Erinnerung. „Unerhörte Denkmalignoranz“ nennt die Stiftung Denkmalschutz den drohenden Abriss der ehemaligen Heil- und Pflegeanstalt („HUPFLA“) an der Schwabach. Ein 160 Meter langes Denkmal von landesweiter Bedeutung wird – scheinbar - abgerissen, weil das Max-Planck-Institut nicht bereit ist, umzuplanen. Obwohl Umplanen möglich wäre – das bestätigt der Planungsreferent der Stadt Erlangen. Solche Fehlentscheidungen unvermeidlich, wenn die Stadt die Wünsche von Siemens, der Uni und der Klinik nicht in Frage stellt, sondern kritiklos erfüllt. Auch wenn es schlecht für die Menschen in Erlangen ist. Ich hoffe, dass die Zerstörung der „HUPFLA“ mit der Unterstützung einer breiten Bürgerbewegung noch verhindert werden kann.



Johannes Pöhlmann

© privat

Fortsetzung von Seite 1: ...Hupfla...

bedingungslosen Erhalt des Gebäudes.

Die Vorstellung übrigens, daß auf einem Teilabschnitt des Kopfbau künftig ein neues Institut der Max-Planck-Gesellschaft stehen soll (die selbst zu den Nutznießern der Euthanasie zählte und heute noch über Gehirne von Opfern verfügt), ist schwer erträglich und unakzeptabel. Was fehlt, ist nicht nur eine

in unserer Stadt. – Bereits jetzt gibt es dazu ein Diskussionspapier.

Zum notwendigen Erhalt des Gebäudes ist noch einmal zu sagen: wenn der Bau abgerissen würde bis auf einen Rest-Stummel (wie es jetzt vom Erlanger Stadtrat wieder beschlossen wurde), wäre das – nach jahrzehntelangem Verdrängen – ein weiteres Mal Ausdruck fehlender historischer Verantwortung gegenüber dem Gesche-

nisse von damals kann nur in umfassender und würdevoller Weise erinnert werden.

Dazu eben braucht es jetzt die breite, öffentliche Diskussion – und nicht nur eine Expertenrunde. Das Bewußtsein der Erlanger Bürgerschaft ist geweckt dafür.

Werner Lutz



Stellungnahme der Max-Planck-Gesellschaft, sondern ihr Verzicht auf das Bauvorhaben an diesem Ort.

Die Anzahl der gesammelten Unterschriften liegt inzwischen bei fast 2500. Informationsstände finden in der Innenstadt jede Woche statt.

Inhaltlich beginnt das Bündnis eine öffentliche Diskussion über die Gestaltung eines Gedenkortes für die Opfer – und gegen das weitere Vergessen der Euthanasiemorde

henen – und des angemessenen Gedenkens an die Opfer.

Und auch der bestehende Denkmalschutz erfordert es, daß dieses letzte Patientengebäude, komplett stehen bleibt. Dabei geht es nicht darum, den gesamten Kopfbau als Gedenkort zu auszugestalten. Die Nutzung könnte nach einer umfassenden Sanierung auch weiterhin durch Institute der Universitätsklinik (wie bisher) erfolgen. Allerdings erst nach einer Entscheidung, welche Teile des Gebäudes als Gedenkort künftig umgestaltet werden, denn: an die Gescheh-



Johann Frenzel, in Erlangen geboren, Kommunist

Am 22. Januar 1942 in der Heil- und Pflegeanstalt Schloss Hartheim er- mordet.

„Ein Einzelfall beschäftigte insbesondere die Genossen aus Nürnberg und Fürth: Im Rahmen eines Prozesses, der 1936 gegen Fürther Genossinnen und Genossen vor dem Münchner Obersten Landesgericht stattgefunden hatte, war als jüngster, im Jahr 1913 geboren, der Genossen Hans Frenzel zur Verurteilung gekommen...“, so beginnt die Erinnerung Ludwig Görings an die Ermordung des jüngsten Fürther Kommunisten.

Johann Frenzel, am 4. Mai 1913 in Erlangen geboren, war seit 1932 Mitglied des Kommunistischen Jugendverbandes Deutschland (KJVD). Von 1933 bis Juli 1934 arbeitete er als Landhelfer in Neustadt/Aisch. Danach bis Juni 1935 arbeitslos, war er bis Dezember 1935 als Bauarbeiter beim Tunnelbau bei Eschenlohe beschäftigt. Der ohne Vater aufgewachsene junge Mann wohnte bei der Familie Rößler in der Pfisterstr. 14 in Fürth. Er litt an einem Gehfehler, hervorgerufen durch einen angeborenen kürzeren Fuß.

Verhaftet wurde er am 9. September 1936, nachdem der von der Gestapo in die illegale KPD eingeschleuste Spitzel, Max Troll aus München, die Fürther Organisation verhaftet hatte. Die Staatsanwaltschaft warf ihm die Vorbereitung zum Hochverrat vor, weil er Exemplare der Jungen Garde verkauft, eine illegale Gruppe des KJVD gebildet und Geld für die

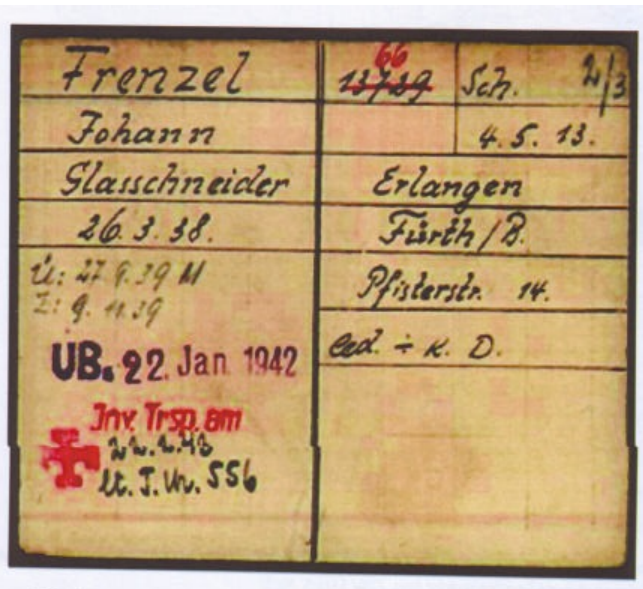
Angehörigen politischer Gefangener gesammelt hatte. Das Oberlandesgericht München verurteilte ihn zu neun Monaten Jugendstrafe. Die Strafe verbüßte er in der JVA Lichtenau. Nach dem Ende der Haft wurde er nicht entlassen, sondern am 26. März 1938 von der Gestapo nach Dachau in Schutzhaft gebracht. Von dort kam er von September bis November 1939 nach Mauthausen und dann wieder zurück nach Dachau.

Die jetzt folgenden Ereignisse aus dem Jahr 1942 schildert Ludwig Göhring: „...Nach der Strafverbüßung im Jugendgefängnis Lichtenau war er nach Dachau überstellt worden. Ein Gehfehler, durch einen angeborenen kürzeren Fuß verursacht, behinderte ihn zwar nicht, gefährdete ihn aber jetzt bei den Aussonderungen. Er wurde deshalb, wie schon andere vor oder später nach ihm, von den Genossen ins Revier verlegt. Bevor er schließlich im Januar mit einem Transport abging, schilderte er einen Zwischenfall mit Kapp

dem Lagerältesten, der sich kurze Zeit vorher abgespielt hatte. Kapp hatte ihn wegen eines geringfügigen Anlasses zurechtgewiesen. Hans hatte ihm darauf eine unbedachte, schnippische Antwort gegeben; es konnte seiner Jugend zugerechnet werden. Kapp nahm in der Schreibstube die Liste an sich und setzte Hans Frenzel dazu. Daraufhin wurde sein Name von Kameraden in der Schreibstube wieder von der Liste entfernt, worauf Kapp ihn erneut darauf setzte. Die in der Schreibstube Arbeitenden konnten Weiteres nicht mehr unternehmen, nachdem Kapp die Liste dem Rapportführer übergeben hatte...“

Johann Frenzel wurde am 22. Januar 1942 in die Heil- und Pflegeanstalt Schloss Hartheim bei Linz gebracht, dort vergast und seine Leiche verbrannt. Im Rahmen der sogenannten Aktion 14f13* wurden in Hartheim über 2000 Häftlinge aus Dachau ermordet.

(*Die Aktion 14f13, in der Sprache der Nazis auch als „Sonderbehandlung 14f13“ bezeichnet, betraf die Selektion und Tötung von als „krank“, „alt“ und „nicht mehr arbeitsfähig“ betitelten KZ-Häftlingen im Deutschen Reich von 1941 bis 1944. Sie wurde auch als „Invaliden- oder Häftlings-Euthanasie“ bezeichnet.)



Diesen Beitrag drucken wir mit freundlicher Genehmigung des Autors ab. Er ist enthalten in dem reich bebilderten und außerordentlich gewissenhaft recherchierten Band von Siegfried Imholz: Gebt ihnen einen Namen. Der Historiker aus Passion Siegfried Imholz bewahrt darin die Erinnerung an Widerstand und politische Verfolgung in Fürth 1933 - 1945. Die Geschichte des in Erlangen geborenen Jungkommunisten Johann Frenzel belegt zudem politische Morde im Rahmen faschistischer Euthanasie-Programme.

Schreibstubenkarte des Lagers Dachau mit Deportations- und Todesdatum Johann Frenzels

Auf Defender Europe 2020 wird die Provokation gegen China folgen

Jörg Kronauer

Der unheimliche Aufmarsch

Die Panzer rollen: Defender Europe 2020, Ende Januar gestartet, ist Ende Februar in die Hauptphase übergegangen. Nach allerlei vorbereitenden Tätigkeiten, nach dem Bereitstellen von Versorgungsgütern, dem Aufbau von Zeltstädten und mobilen Tanklagern und vielem mehr fliegen nun die Truppen ein, übernehmen Fahrzeuge und Gerät von Schiffen, die aus den USA im Westen Europas ankommen, und aus gewaltigen Materiallagern in Westdeutschland, Belgien und den Niederlanden, in denen Kriegsgerät für eine ganze Division gebunkert ist. Und dann geht's auf in Richtung Osten, über Straßen, Schienen und Kanäle in größtmögliche Nähe zur russischen Grenze, dorthin also, wo die Vereinigten Staaten ihren Gegner verorten, und nicht nur sie. „Russland sucht seinen Großmachtstatus wiederherzustellen“, heißt es in der aktuellen National Security Strategy der USA vom Dezember 2017; es „zielt darauf ab, den US-Einfluss in der Welt zu schwächen“: Darauf müssten die Vereinigten Staaten nun „antworten“.

Das größte US-Manöver in Europa seit mehr als einem Vierteljahrhundert, das als Antwort den Aufmarsch Richtung Russland probt, wird nun freilich auch in Deutschland von der herrschenden Elite zufrieden begrüßt. Zwar verbinde „Europa mit Russland“, so heißt es im Weißbuch der Bundeswehr vom Juli 2016, „ein breites Spektrum gemeinsamer Interessen und Beziehungen“, die „eine belastbare Kooperation“ durchaus als wichtig erscheinen ließen. Doch präsentiere Russland sich „international ... als eigenständiges Gravitationszentrum mit globalem Anspruch“;

es stelle „somit auf absehbare Zeit eine Herausforderung für die Sicherheit auf unserem Kontinent dar“. „Umso wichtiger“ sei deswegen „im Umgang mit Russland die richtige Mischung“ aus einer „sektoralen Zusammenarbeit“ einerseits, andererseits jedoch einer „kollektive(n) Verteidigung“ gegen Moskau sowie „dem Aufbau von Resilienz“. Letzteres ist der Grund, wieso die Bundeswehr Defender Europe 2020 tatkräftig unterstützt: Russland, allzu aufmüpfig geworden, soll umgehend zurechtgewiesen werden.

Die Vereinigten Staaten haben nun freilich – die National Security Strategy zeigt es im Überfluss – nicht nur einen großen Gegner, sondern deren zwei: Auch China, heißt es in dem Papier, fordere „amerikanische Macht, Einfluss und Interessen heraus“; es suche „die Vereinigten Staaten in der Indo-Pazifik-Region zu verdrängen“ und habe begonnen, „seinen Einfluss regional und global wieder geltend zu machen“. „Die Hauptpriorität“ der Vereinigten Staaten, heißt es explizit in der National Defense Strategy, die das Pentagon im Januar 2018 fertigstellte, sei „die langfristige strategische Konkurrenz mit China und Russland“. „Wir befinden uns“, so beschrieb es Mitte Februar auf der Münchner Sicherheitskonferenz US-Verteidigungsminister Mark Esper, „in einer Epoche der Großmacht Konkurrenz“, und „unsere wichtigsten Herausforderer sind China und dann Russland“. Deshalb müssten die USA sich „wieder vorbereiten auf hochintensive Kriegführung“.

Defender Europe 2020 trägt seinen Teil bei, indem es den Aufmarsch über den Atlantik hin zu einem der beiden Gegner mit Hilfe der europä-

ischen Verbündeten probt. Für den Aufmarsch über den Pazifik hin zum anderen Gegner wird es Defender Pacific geben. In diesem Herbst zunächst in kleinem, im nächsten Jahr dann in ebenso großem Maßstab wie Defender Europe 2020 soll Defender Pacific die Verlegung von US-Truppen in Richtung China üben. Die Bedingungen sind andere – so ist der Weg über den Pazifik deutlich weiter, es gibt keine riesige Aufmarschrampe wie Europa, sondern vor allem Pazifikinseln, die man quasi als Trittstufen, und ost- und südostasiatische Verbündete, die man als Sprungbretter hin zur Volksrepublik nutzen kann. Details sind bislang nur wenige bekannt über Defender Pacific. Dass die strategische Bedeutung der Kriegsübung an diejenige von Defender Europe 2020 heranreichen wird, daran jedoch kann kaum Zweifel bestehen.



Jörg Kronauer ist Redakteur des Nachrichtenportals „german-foreign-policy.com“

Der Artikel ist aus der uz vom 6.3.2020

Ostermarsch in Erlangen am 11.4. 2020

Frieden First

Millionen Menschen zogen im vergangenen Jahr weltweit auf die Straße, um für eine gemeinsame Lösung der Klimakrise zu protestieren. Genauso sind Friedensfragen nur global zu lösen. Dies stellt einen fundamentalen Gegensatz zu einer Politik dar, die zunehmend Rohstoffe, Absatzmärkte und Machtstreben in den Vordergrund stellt.

So fordert die Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer die Ausweitung militärischer Einsätze: "[...] ein Land unserer geostrategischen Lage und mit unseren globalen Interessen, das kann nicht einfach nur am Rande stehen und zuschauen". Dazu sollen die deutschen Militärausgaben von 50 Mrd. € jährlich (etwa 1,4 % des Bruttoinlandsprodukts) auf 2 % gesteigert werden. Um Soldaten schneller in Kriegseinsätze zu schicken, soll das Entscheidungsrecht des Bundestages ausgehöhlt werden.

75 Jahre nach der Befreiung vom Faschismus stehen deutsche Soldaten im Rahmen der Kriegsübung „Defender 2020“ wieder an der russischen Grenze, 200 km vor St. Petersburg. Der Großraum Nürnberg wird dabei eine der zentralen Logistikkreisläufe sein. Sowohl die US-Stützpunkte Ansbach/Katterbach, Illesheim, Hohenfels und Grafenwöhr als auch der Flughafen Nürnberg, Bahn und Straßen sind in das Manöver eingebunden. Insgesamt sind etwa 40.000 Soldaten beteiligt. Manöver wie „Defender 2020“ säen Misstrauen, verstärken Feindbilder und treiben die Eskalation voran.

Abrüsten statt Aufrüsten ist das Gebot der Stunde

Globale Abrüstung benötigt vertrauensbildende Maßnahmen und eine Politik der Entspannung. Dazu müssen die Auslandseinsätze und die Aufrüstung der Bundeswehr beendet werden. Waffenexporte sind konsequent zu verhindern.

Atomare Gefahr bannen

Deutschland muss atomwaffenfrei werden. Die immer noch in Büchel stationierten US-Atomwaffen sind aus Deutschland abziehen. Die Bundesregierung muss den Atomwaffenverbotsvertrag der UNO ratifizieren. Sie muss sich diplomatisch für ein Wiederaufleben des INF-Vertrages einsetzen.

Internationales Recht stärken

Ein verbindliches Völkerrecht sowie die Einhaltung von Verträgen sind ein Garant für friedliches Miteinander. Deshalb muss die UN-Charta wieder zur Richtschnur der internationalen Politik werden – auch für unser Land. Nur in einem solchen Klima wird es möglich sein, Verbrechen gegen internationales Recht unabhängig von der Person zu bestrafen. Strukturen für diplomatische Konfliktlösung sind zu stärken.

Lassen Sie uns gemeinsam für eine friedliche Zukunft auf die Straße gehen.

(Aus dem Aufruf des Nürnberger Friedensforum zum diesjährigen Ostermarsch)



Kommen Sie mit uns am Samstag, den 11. April 2020 zum Ostermarsch.

Beginn 12 Uhr am Hugo mit Beiträgen von pax christi und der DFG-VK.

Anschließend Demo zur Abschlusskundgebung verschiedener Jugendorganisationen um **ca. 14 Uhr am Langemarkplatz** mit Beiträgen von **IGM-Jugend** (angefragt), **Fridays for Future**, **Linksjugend Solid**, **Grüne Jugend** und **Jusos**



Die **DKP** - Erlangen trifft sich regelmäßig vierzehntägig.

Unsere Adressen:
info@dkp-erlangen.de
www.dkp-erlangen.de

DAS ORIGINAL: DER ROTE KANAL AUF YOUTUBE



Wichtige Adressen

Erlanger Sozialforum
www.erlanger-sozialforum.de

Erlanger Bündnis für den Frieden
www.frieden-erlangen.de

Friedenspolitischer Ratschlag Kassel
www.uni-kassel.de/fb5/frieden/



KOSTENLOS TESTEN!
unsere zeit - Sozialistische Wochenzeitung - Zeitung der DKP

